



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 896 890

P/XIV/249 - 2. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Hemmende Einflüsse Gefährliche Verzögerungen auf dem Wege zum Gipfel	72
3	Erschreckende Zahlen Ebc-Bekämpfung immer dringender	27
4 - 5	Krisenstimmung und Mißvergnügen in Belgien Scharfe Polemiken zwischen den belgischen Koalitionsparteien	74
6	Afrika brennt Wird aus dem Kongo ein zweites Algerien?	42
7	Politische Modehosen Nach der heißen Musik beunruhigen Röhrenhosen den Ostblock	49

* * *
* * *

Hemmende Einflüsse

sp - Zu einem Gipfeltreffen wird es in diesem Jahr nicht mehr kommen, obwohl Chruschtschow und Eisenhower es sicherlich noch vor Weihnachten gewünscht haben. Die Verzögerung liegt nicht bei den beiden Staatsmännern, sondern vielmehr bei der Rücksichtnahme auf bestehende Allianzen. Die grössten Widerstände gegen ein baldiges Gipfeltreffen kamen vom französischen Staatschef de Gaulle und vom Bundeskanzler Adenauer. Das ist zu bedauern. Wer weiss, was alles noch bis zum nächsten Frühjahr in dieser bewegten Zeit an unvorhergesehenen Entwicklungen eintreten mag, die geeignet sein könnten, Schatten auf den Geist von Camp David zu werfen und die auf die gegenseitige Bereitschaft zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, den Kalten Krieg abzubauen, hemmend einwirken.

Man denke nur an Berlin. Die Berliner Situation enthält viel Zündstoff. Ulbricht benützt die bis zum Gipfeltreffen gegebene Frist, um von sich aus neue Schwierigkeiten aufzutürmen und den Graben zwischen beiden Teilen Deutschlands zu vertiefen. Hier läge es an der Sowjetunion, deren Wille zur Entspannung heute von keiner ernsthaften Menschen bestritten wird, dem Ungestüm Pankows Zügel aufzuerlegen. Es gäbe eine gefährliche Zuspitzung der Berliner Situation, wäre etwa die Westberliner Polizei, diesmal unterstützt von den in Berlin stationierten westalliierten Truppen, gezwungen, die Spalterflagge aus dem Bereich Westberlins wieder zu entfernen. Dass die Westalliierten als Schutzmächte Westberlins das Hiszen der Spalterflagge nicht dulden werden, geht aus Erklärungen der westalliierten Stadtkommandanten eindeutig hervor. Wenn das schon Ulbricht nicht zur Kenntnis nehmen will, dann sollte es wenigstens die Führung der Sowjetunion tun; sie hat die Macht, Ulbricht in die Schranken zu verweisen.

Auch auf anderen Gebieten können unübersehbare, nicht zu kontrollierende Entwicklungen eintreten. Nicht umsonst richtete Nikita Chruschtschow in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet einen geradezu beschwörenden Appell an Indien und China, alle strittigen Grenzfragen zwischen beiden Ländern durch friedliche Verhandlungen zu lösen. Wie weit ist Mao tse tung bei aller Verbundenheit mit der Sowjetunion überhaupt noch sowjetrussischen Ratschlägen und Ernahnungen zugänglich?

Das ist eine Frage, die nicht nur Peking und Moskau angeht, sie berührt auch das Verhältnis zwischen Ost und West insgesamt. Je mehr Zeit nutzlos verrinnt, umso mehr häuft sich Explosivstoff an. Das Verhängnisvollste wäre jedoch, etwa im Zusammenhang mit dem chinesisch-indischen Konflikt auf eine mögliche Spannung zwischen Peking und Moskau zu spekulieren. Aus vielen innenpolitischen Gründen wäre selbst der allmächtige Chruschtschow genötigt, sich auf die Seite Pekings zu stellen, auf dessen Freundschaft er nicht verzichten kann.

Für den deutschen Leser der Chruschtschow-Rede beanspruchen wohl jene Passagen - ausser dem Hinweis auf den Friedensvertrag - grosse Aufmerksamkeit, in denen de Gaulle und die Oder-Neisse-Grenze erwähnt sind. Chruschtschow erinnert die Franzosen an das Bündnis im zweiten Weltkrieg und folgert daraus, dass sich auch heute "die objektiven Interessen beider Staaten nirgendwo überschneiden". Das gilt vor allem auch für die Oder-Neisse-Grenze. Chruschtschow bescheinigt dem französischen Staatschef de Gaulle und dem französischen Ministerpräsidenten Debré, deren "realistische Auffassung" zur Oder-Neisse-Grenze, die, meint Chruschtschow, "unzweifelhaft zur Stärkung des Friedens in Europa" beitrage. Was mag wohl hinter diesem Kompliment, das sich sogar auf die de Gaulle'sche Algerienpolitik bezog - "sofern sie nicht eine blosser Deklaration bleibt" - stecken? Die französische Haltung in der Oder-Neisse-Frage, von der Bundesregierung immer mit abschwächenden Bemerkungen abgetan, scheint die Brücke zu sein, auf der sich de Gaulle und Chruschtschow begegnen wollen. Bundeskanzler Adenauer legt bei jeder Gelegenheit auch auf die Feststellung wert, dass er sich in völliger Übereinstimmung mit den Zielen der französischen Politik befindet. Gilt dies nun auch hinsichtlich der umstrittenen und noch von keinem Friedensvertrag sanktionierten Oder-Neisse-Grenze?

Adenauers ganze Ostpolitik - sofern von einer solchen überhaupt die Rede sein kann - steht heute im luftleeren Raum. Hier zeichnet sich der totale Zusammenbruch einer Politik ab, die keinerlei Stütze mehr in den Realitäten findet. Adenauers ganzes Streben gilt der Verschleierung dieses Tatbestandes. Gleichwohl wird er auch in der Zukunft ausschliesslich auf die französische Karte setzen, obwohl der mit ihr verbündete de Gaulle im Deutschland-Spiel seine Karten mit sowjetrussischen Karten kräftig mischt. Dieses Spiel dient auf der ganzen Linie der Erhaltung des Status quo in Europa, zu dessen Überwindung Adenauer bisher nichts getan hat.

Erschreckende Zahlen

sp - Erschreckende Zahlen wurden am vergangenen Wochenende in Kiel anlässlich einer Tagung der "Arbeitsgemeinschaft Tbc" des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten genannt. Etwa 40 000 an ansteckender Lungen-Tbc Leidende haben kein eigenes Zimmer und leben mit gesunden Menschen zusammen. Rund 2 500 von diesen bedauerlicherweise Menschen haben nicht einmal ein eigenes Bett. Diese Zahlen können nicht angezweifelt werden; sie wurden durch langwierige Erhebungen im Laufe der letzten Jahre ermittelt.

Unwillkürlich fragt man sich, wie zu erklären sei, daß bis jetzt im Wunderwirtschaftsland Bundesrepublik noch keine entscheidenden Maßnahmen gegen diesen Zustand ergriffen wurden. Das Gesetz zur einheitlichen Regelung der Tbc-Bekämpfung wurde erst am 19. Juli 1959 veröffentlicht und trat am 1. Oktober 1959 in Kraft. Es regelt die Heilbehandlung für Tbc-Kranke und gestattet auch die Zahlung von Ausbildungs- und allgemeinen wirtschaftlichen Hilfen.

Wenn es jetzt endlich so weit ist, so darf die sozialdemokratische Bundestagsfraktion mit Recht darauf verweisen, daß sie es war, die die Bundesregierung ständig zur Verabschiedung eines solchen Gesetzes gedrängt hat. Schon am 16. Februar 1955 hatte die SPD-Fraktion einen entsprechenden Antrag eingereicht, durch den die Bundesregierung ersucht wurde, "unverzüglich das seit langer Zeit angekündigte Gesetz über die Tbc-Hilfe vorzulegen".

Mehr als vier Jahre hat man also gebraucht, um endlich die gesetzliche Handhabe zur wirksamen Bekämpfung der Tbc auf Bundesebene zu schaffen. Auch das vor kurzen verabschiedete Gesetz enthält noch Schwächen, die ausgeglichen werden müssen. Die vom "Reichsbund" veröffentlichten Zahlen sollten eine eindringliche Mahnung sein.

+ + +

Krisenstimmung und Missvergnügen in Belgien

KKE - Brüssel

Belgien befindet sich sichtlich in einer Krise der Misstimmung. Die Preise steigen an und die Löhne kommen, wie immer in solchen Fällen, nicht mit. Aber es sind nicht nur die Arbeiter, die ihr Existenzniveau gefährdet fühlen. Der Mittelstand bockt und äussert sein Missvergnügen oft in vehementer Weise. Das neue Steuerprojekt der Regierung hat lebhafteste Unruhe vor allem in die Kreise getragen, auf die sich die christlich-sozial-liberale Koalition stützt. Man weiss, dass die Differenzen zwischen den beiden Koalitionsparteien erheblich sind.

In einer Versammlung der Brüsseler Föderation der liberalen Partei, die die stärkste Organisation der belgischen Liberalen ist, kam es zu geradezu tumultuarischen Ausbrüchen der Unzufriedenheit. Ein Diskussionsredner rief unter dem stürmischen Beifall der Parteimitglieder aus: "Wir haben genug! Ich verlange von den liberalen Mitgliedern der Regierung, noch heute zu demissionieren. Wir haben kein Vertrauen mehr zu diesen Ministern -!"

Andere Redner protestierten mit grösster Schärfe gegen die geplanten neuen Steuern, die vor allem Handwerkerschaft und Mittelstand aufs schwerste belasten würden. "Was für ein Abgrund zwischen Wort und Tat!" entrüstete sich ein Redner, "die heutigen liberalen Minister hatten indessen feierlich den Wählern versprochen, keine neuen Steuern mehr zuzulassen!"

Vor diesen explosiven Diskussionen hatte der Vorsitzende der liberalen Parlamentsfraktion, der Brüsseler Abgeordnete Charles Janssens, in einer anderthalbstündigen Rede die Politik der eigenen Regierung scharf kritisiert, von ihrer "Inkohärenz" gesprochen und unter anderem bedauert, dass die Regierung die Einberufung des Parlaments zur Erörterung des Kongo-Problems, die von den Sozialisten mehrfach und dringend verlangt worden war, verweigert hatte.

Diese öffentliche Kritik eines der prominentesten Männer des belgischen Liberalismus an der Politik der Koalitionsregierung hat verständlicherweise ein sehr missvergnühtes Echo bei den Christlich-sozialen ausgelöst. Sie weisen vor allem darauf hin, dass es gerade die liberalen Minister gewesen seien, die der vorzeitigen Einberufung des Parlaments immer wieder Widerstand entgegengesetzt hätten.

Man weiss in Wahrheit nicht, was man an Stelle dieser Koalition setzen sollte, in der so heterogen agierende Elemente versuchen, auf der Basis eines gemeinsamen Programms zu arbeiten. Die Sozialisten haben keineswegs die Absicht, als Lückenbüsser einzuspringen und die Falten auszubügeln, die den Regierungsanzug im Augenblick wenig komfortabel machen. Sie würden Neuwahlen vorziehen, die ihnen wahr-

scheinlich wieder die Positionen verschaffen würden, die sie vor den Wahlen im Sommer des vorigen Jahres eingenommen hatten. Aber das ist auch ein Grund, weshalb die Regierungsparteien keine Neigung verspüren, auf das Vabanque-Spiel mit der Wählergunst ohne zwingende Verpflichtung einzugehen. Die Stimmung ist so, dass beide Parteien, Christlich-Sozialc wie Liberale, wahrscheinlich der Verlierer von Neuwahlen wären.

Wie stark die projektierten Steuern die Wähler erregen, bewies das Phänomen einer Massen-Protestdemonstration der sogenannten "unabhängigen Arbeiter". Das waren Handwerker, Kaufleute, kleinere Industrielle, Vertreter der zahlreichen Zweige der freien Berufe. Diese Menschen gehen selten auf die Strasse und Massendemonstrationen sind ihnen praktisch noch niemals gelungen. Diesmal war es nicht eine Kundgebung, sondern eine wahrhafte Lawine. Man schätzt auf mehr als Zwanzigtausend die "Unabhängigen", die aus dem ganzen Lande zusammengeströmt waren, um gegen die Steuergesetzgebung der Stunde zu protestieren. Die Redner, die in einem überfüllten Saal zu Tausenden der Demonstranten sprachen, während weitere Tausende keinen Einlass mehr fanden, übten scharfe Kritik an der Finanzpolitik der Regierung. Sie wurden von der erregten Menge mit wahren Salven des Beifalls empfangen.

Im Umzug durch die Hauptstrassen Brüssels wurden zahllose Transparente getragen, die in satirischer oder anklägerischer Form sich mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung beschäftigten.

Die aggressive Haltung der Liberalen, die übrigens eine scharfe Erwiderung des Präsidenten der P.S.C., Theo Lafèvre, ausgelöst hat, der diese Kritik als sachlich völlig ungerechtfertigt und als deplaciert bezeichnet, ist wahrscheinlich auf die Kundgebung der "Unabhängigen" zurückzuführen. Ein grosser Teil dieser Mittelständler ist traditionelles liberales Wähler-Reservoir.

Ihre scharfe Opposition zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der Koalitionsregierung hat eine Art Erschliesspanik in ihnen ausgelöst. Sie versuchen sich deshalb aus parteitaktischen Gründen von einer Politik zu distanzieren, die sie indessen mit ausgearbeitet haben und für die sie also auch mit verantwortlich sind.

+ + +

Afrika brennt

sp - Noch vor Jahresfrist nannte man Belgisch-Kongo eine "Oase des Friedens". Jetzt ist dieses Gebiet zu einem Hexenkessel geworden. Über siebzig Tote und mehr als 200 Verletzte gab es in der vergangenen Woche bei Zusammenstößen zwischen der Unabhängigkeitsbewegung der Eingeborenen und belgischem Militär. Das belgische Parlament wird sich in dieser Woche mit den Vorgängen befassen.

Die belgische Regierung ist ohne Zweifel bestrebt, eine Reformbewegung in Belgisch-Kongo zu fördern. Sie will über Gemeinde- rats- und Kreistagswahlen die Wahl eines Parlamentes vorbereiten, das dann zu einem späteren Zeitpunkt über das endgültige Schicksal Belgisch-Kongos zu entscheiden hätte. Unter Führung von Lumumba, eines radikalen Unabhängigkeitspolitikers, fordert die nationalistische Unabhängigkeitsbewegung Belgisch-Kongos jedoch die sofortige Unabhängigkeit des Gebietes. Zur Zeit wohnen etwa 120 000 Belgier im Kongo, und die Wirtschaftsinteressen Belgiens sind dort sehr stark verankert. Trotzdem das Verhältnis zwischen Belgiern und Eingeborenen in den vergangenen Jahren relativ günstig war, ist die Unabhängigkeitsbewegung nicht aufzuhalten gewesen. Im Schutz der panafrikanischen Bewegung entwickelte sie sich in den letzten Monaten wie ein gewaltiges Feuer, das nicht mehr einzudämmen ist.

Deshalb erhebt sich jetzt die Frage, ob in Belgisch-Kongo ein zweites Algerien entstehen wird. Die belgische Regierung scheint entschlossen zu sein, ihre Reformpläne durchzuführen. Niemand kann zur Zeit übersehen, inwieweit sie sich dabei auf eine gemäßigtere Richtung der Eingeborenen stützen kann. Ähnlich war es zu Beginn des Algerienkrieges vor fünf Jahren, als die damalige französische Regierung glaubte, die gemäßigte Gruppe der algerischen Freiheitsfront, die FLN, zum künftigen Verhandlungspartner auswählen zu können. Die FLN mit ihren radikaleren Methoden drängte die FLN beiseite, und bis heute dauert der Algerienkrieg an.

Man muß erwarten, daß auch in Belgisch-Kongo die Entwicklung nicht anders verlaufen wird. Nur eine überragende Klugheit der belgischen Regierung und eine ohne Hintergedanken entwickelte Politik des Eingehens auf die Unabhängigkeitsforderung der Eingeborenen könnten vielleicht ein zweites Algerien vermeiden lassen.

Für Europa steht viel auf dem Spiel. Die von den fortschrittlichen politischen Kräften Europas angestrebte loyale Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent könnte scheitern, wenn nicht jetzt die Schatten des Kolonialismus übersprungen werden. Sie lasten immer noch auf Afrika.

Politische Modehosen

(rh) Eigenartigerweise kann die Grenzlinie zwischen Ost und West bestimmte westliche Modeeinflüsse von den Ostblockstaaten nicht fernhalten. Bei der "heißen Musik" und den modernen Tänzen ist dieses "Überspringen" noch leichter verständlich, wie eine Moskauer Affäre vor einigen Monaten bewiesen hat. Damals hatte man ein Verfahren gegen sowjetische Jugendliche eingeleitet, die westliche Musik, vor allem Tanzmusik, von westlichen Rundfunksendern auf Tonbänder aufgenommen und dann in einer primitiven Werkstatt gleichfalls primitive Schallplatten hergestellt hatten. Sie machten ein so gutes Geschäft damit, daß die Behörden aufmerksam wurden und ihnen das gewinnbringende Handwerk legten. Damit konnte aber die Verbreitung und vor allem die Wertschätzung des Jazz unter den Jugendlichen nicht mehr aufgehalten werden. Es bildeten sich nicht nur in Moskau und Leningrad, sondern auch in kleineren sowjetischen Großstädten eigene Jazz-Kapellen, die man heute in einem bestimmten Rahmen gewähren läßt. Derartige Jazz-Kapellen gibt es auch in Polen, der CSR und Ungarn, während in der Sowjetzone sogar ein eigener "moderner Tanz" erfunden wurde.

Daß die Zone, die CSR und Polen für westliche Modeeinflüsse empfänglicher sind, erscheint wegen der Nachbarschaft zum Westen verständlich. Das zeigt sich nicht nur bei "heißer Musik", sondern war auch bei der Reifen-Schwinger-Mode erkennbar und führte schließlich dazu, daß plötzlich, über Nacht gewissermaßen, drüben die Texas-Hosen auftauchten und sich in ihrer Röhrenenge, den wilden Farben und den aufgenähten Verzierungen kaum von den Attributen westlicher Jugendlicher unterschieden. Dabei waren sie, wie Fälle in Ostberlin, Prag und Warschau bewiesen, nicht aus dem Westen importiert, sondern in eigenen Lande erzeugt worden. Inzwischen haben diese "modischen Verwirrungen" in diesen Ländern etwas nachgelassen, während Röhrenhosen und "Dreiviertellange" mit einem Male in der Sowjetunion eine Rolle zu spielen beginnen. Dabei handelt es sich nicht um die Jugendlichen allein, denen solche "moderne Hosen" bereits seit Längem bekannt sind. Die "westlichen Hosen" haben vielmehr bei der Roten Armee Eingang gefunden und da sind sie natürlich jetzt zu einem Politikum avanciert.

Gegen die "Unsitte" solcher Hosen bei der Infanterie und insbesondere bei dem Offiziersnachwuchs hatte die sowjetische Presse bereits vor längerer Zeit Stellung nehmen müssen und man konnte somit annehmen, daß damit die Affäre bereinigt sei. Wie man aber jetzt aus der Marine-Zeitung "Sowjetskij Flot" entnehmen konnte, haben dreiviertellange Hosen bei den Zöglingen der sowjetischen Marineakademien Gefallen gefunden und es würden Hosen getragen, die nicht einmal bis zu den Schuhen reichten. Man werde durch besondere Streifendienste die Schneidereien der großen Hafenstädte kontrollieren müssen, denn ohne Zweifel müßten dort die Uniformstücke umgearbeitet worden sein. Was ja auch stimmen dürfte. Wieso aber der Kriegsmarinewachwuchs darauf kam, diese westliche Mode zu übernehmen, ohne sich an irgendwelche Beispiele halten zu können, erscheint der sowjetischen Presse vollständig rätselhaft.

Oder sollten die jungen Marineoffiziere von selber auf diese "Moden-Auswüchse" gekommen sein? Jedenfalls wirft "Sowjetskij Flot" diesem Marinewachwuchs vor, daß er sich "anmaßend kleide".

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel